

Sozialismus in Europa – das Ende unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Der Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament wird bedeutenden Einfluß auf die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Europa haben. Besondere Gefahren gehen von den massiven Eingriffen in die Wirtschaft aus, die von den Sozialisten im Falle eines Wahlsieges geplant sind.

Soziale Marktwirtschaft – Fundament einer freiheitlichen und sozialgerechten Politik in Europa

„Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. Der Ordnungsraum der Sozialen Marktwirtschaft wurde erdacht und geschaffen, um diese Freiheit auch im Zeitalter von Industrialisierung und Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen und das Bewußtsein für Selbstverantwortung ebenso wie die Bereitschaft zur Mitverantwortung für den Mitmenschen und für das Allgemeinwohl zu wecken und wirksam zu machen.“ (Ziffer 65 Grundsatzprogramm der CDU.)

„Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Selbstzweck. Sie muß dem Menschen dienen, seine Lebensbedingungen verbessern und die Qualität seiner natürlichen und kulturellen Umgebung schützen.“ (EVP-Programm)

Für die CDU ist das Fundament einer solchen freiheitlichen und sozialgerechten Politik die Soziale Marktwirtschaft. Wir wissen: Keine Ordnung menschlichen Zusammenlebens in Wirtschaft und Gesellschaft ist vollkommen — keine kann reibungslos alle Herausforderungen der Zukunft, alle Struktur- und Anpassungsprobleme gleichzeitig bewältigen. Aber es gibt geeignete und weniger geeignete Ordnungskonzepte zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Aus Erfahrung untauglich haben sich sowohl die sozialistische Planwirtschaft als auch der unge-

zügelte Kapitalismus erwiesen. Der Sozialismus verherrlicht die Arbeitnehmer in der Theorie, aber er beutet sie in der Praxis aus, und der Kapitalismus findet in der Gegenwart ebenso wenig Antworten auf die zentralen sozialen Konflikte unserer Zeit wie vor 1948.

Wir haben uns für die Soziale Marktwirtschaft entschieden. Sie hat die Nagelprobe bestanden. Leistung und Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland haben die Bürger überrascht und die Welt in Staunen versetzt. Aber kein „Wirtschaftswunder“ war Ursache des Erfolges, sondern die Überlegenheit einer wohl-durchdachten Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die dem einzelnen weiten Spielraum und dem Staat keine Allzuständigkeit zubilligt.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Angebot einer Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft für Europa. Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf dezentralen Strukturen, überläßt somit den Bürgern ein hohes Maß an Selbständigkeit, Freiheit und Verantwortung. Das allein bietet die Möglichkeit, nationale Bedürfnisse und Eigenheiten in Europa angemessen zur Geltung zu bringen und dabei das notwendige Maß marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination sicherzustellen.

Alternative der Sozialisten: Sozialistische Planwirtschaft in Europa

Die Sozialisten haben in der Wirtschaftspolitik versagt. Inflation und Arbeitslosigkeit begleiten sie überall dort, wo sie in Europa die Regierungsverantwortung tragen. Mit ihren Angriffen auf die Soziale Marktwirtschaft wollen sie den politischen Konsequenzen aus ihren Fehlern ausweichen.

Die SPD fordert in ihrem Europawahlprogramm „eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern“. Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird als unfähig bezeichnet, ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und die Probleme der Zukunft zu meistern.

Mehr Staat, mehr Wirtschaftsplanung, Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsbürokratie sind die Lösung, die uns die Sozialisten anbieten. Es soll geplant und gelenkt werden, wo angeblich der Markt versagt und die Mittel marktwirtschaftlicher Politik nicht ausreichen. (Entsprechende Forderungen finden sich im Orientierungsrahmen der SPD sowie in den Beschlüssen der SPD-Parteitage.)

Das Instrumentarium sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, das die SPD in ihrem Europawahlprogramm ausbreitet, stammt sämtlich aus der Rumpelkammer überholter sozialistischer Planungs- und Lenkungswirtschaft. Gefordert werden u. a.:

Investitionsmeldestellen und Investitionslenkung,
Planungs- und Strukturräte,

Investitionsplanung auf EG-Ebene,

Verstaatlichung, wo „mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann“,

öffentliche Kontrolle der beruflichen Bildung, d. h. Verstaatlichung der beruflichen Bildung und Abbau des dualen Systems.

Die Ziele der Investitionslenker

Die Verwirklichung der Investitionslenkung hätte eine Reihe von zwangsläufigen Konsequenzen. Die wichtigsten, über die zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen und in der SPD Einigkeit besteht, sind folgende:

den Anteil des Staates am Sozialprodukt erhöhen; d. h. er soll durch (noch) höhere Steuern und Abgaben in die Lage versetzt werden, anstelle der privaten Wirtschaft Investitionen vorzunehmen;

die Entscheidung über Investitionen zu „demokratisieren“, d. h. Investitionen sollen nicht mehr „undemokratisch“ mandatslosen privaten Entscheidungen überlassen bleiben, sondern in „demokratischer“ Weise maßgeblich durch staatliche Bürokratien und Verbandsfunktionäre beeinflußt werden.

Das auf Privatinitiative und breit gestreuter Verantwortung beruhende Marktsystem wird als unvernünftig und nicht funktionsfähig dargestellt. Ein langes „Sündenregister“ soll beweisen, daß wir mehr staatliche Planung und Lenkung brauchen. Der Schlüssel dazu ist die Investitionslenkung — und deshalb wird hier der Hebel angesetzt.

Die Investitionslenkung ist ohne Wirtschaftsplanung nicht möglich

Keine Form der Investitionslenkung kann jedoch ohne eine umfassende gesellschaftliche und ökonomische Planung auskommen. Die Sozialisten aller Schattierungen kennzeichnet der naive Glaube an die Planbarkeit der gesellschaftlichen Zukunft. Niemand aber kennt genau die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich — niemand kann zukünftige Ereignisse vorhersagen. Die Fehlprognosen der vergangenen Monate und Jahre sprechen hier eine deutliche Sprache.

Es wird oft eingewandt, daß auch die Betriebe planen müssen. Das ist sicher richtig. Entscheidend ist jedoch, die Folgen einer Fehlplanung so gering wie möglich zu halten.

In der Sozialen Marktwirtschaft begrenzt die dezentrale, nicht in einer Hand konzentrierte Planung und Haftung das Risiko.

Bei zentraler Planungsherrschaft dagegen werden

ganze Branchen oder Volkswirtschaften in den Strudel der Fehlplanungen gerissen,

die Folgen der Fehlplanung sozialisiert, d. h. von jedem Bürger über die Steuern oder mit dem Arbeitsplatz teuer bezahlt.

EIN BEISPIEL:

Das Unternehmen X nimmt eine größere Investition vor. Anschließend stellt sich heraus, daß diese auf einer Fehlkalkulation beruht. Die Produkte können nicht abgesetzt werden, weil die Verbraucher kein ausreichendes Kaufinteresse an ihnen haben. Die Folgen dieser Fehlplanung sind jedoch auf das Unternehmen begrenzt.

Verkalkuliert sich aber eine öffentliche Planungs- und Investitionsstelle, welche beispielsweise die Investitionen einer ganzen Branche oder Region bestimmt, sind die Folgen katastrophal. Nicht absetzbare Halden der jeweiligen Produkte türmen sich auf, Zulieferbetrieben aus anderen Branchen droht der Konkurs. Tausende von Arbeitsplätze sind in Gefahr. Der Staat muß einspringen und Steuergelder in diese Branche pumpen, um einen Kollaps zu verhindern. Damit trägt er dazu bei, daß die Halden immer größer werden, denn es wird ja weiter produziert. Über kurz oder lang sind daher massive Beschäftigungseinbrüche unvermeidbar.

Die Soziale Marktwirtschaft ist gefährdet

Die Investitionslenkung zerstört die Soziale Marktwirtschaft, denn sie wirkt wie ein Ölfleck, der sich auf dem Wasser mit hoher Geschwindigkeit ausbreitet. Sobald auch nur in einem wichtigen Bereich mit der Investitionslenkung begonnen wird, müssen immer weitere Bereiche in die Planung einbezogen werden.

EIN BEISPIEL:

Wer die Investitionen in der Automobilindustrie lenken will, kann das nur, wenn er gleichzeitig die Stahlindustrie (Karosserie), chemische Industrie (z. B. Reifen, Kunststoffteile), Elektroindustrie (elektrische Anlagen) usw. in seine Planung einbezieht.

Das aber würde das Ende der Sozialen Marktwirtschaft bedeuten! Diese Ordnung, die uns den höchsten Lebensstandard in der Welt und ein bisher in unserer Geschichte nicht gekanntes Maß an Freiheit und sozialer Sicherheit beschert hat, würde den Utopien sozialistischer Planer geopfert.

In Europa würde jede sozialistische Zentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsfunktion nationale Eigenheiten zerstören und sich zwangsläufig unsozial und unwirtschaftlich auswirken, weil unser vielschichtiges und vielfältiges Europa nicht vom grünen Tisch staatlicher Bürokratie gelenkt werden kann. Zentralistische Wirtschaftsplanung schert alle über einen Kamm, merzt nationale und kulturelle Eigenständigkeiten aus.

Sozialistische Wirtschaftsplanung ist damit ein Instrument zur Schaffung eines monotonen, grauen, gleichgeschalteten Europas. Soziale Marktwirtschaft dagegen ist die Ordnung für ein Europa der Gemeinschaft in Vielfalt, der Freiheit, der lebendigen Eigenständigkeit und der sozialen Sicherheit seiner Bürger.

Die Rätemodelle

Von den Sozialisten werden nach wie vor Wirtschafts- und Sozialräte zum Zweck der Investitionslenkung gefordert. Die Vorstellungen reichen dabei bis hin zu räte-demokratischen Modellen nach dem Motto: Alle Macht den Räten. Man muß fragen, wozu diese Institutionen nützlich sein können, wenn ihnen nicht gleichzeitig die Entscheidungsbefugnis und Macht zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen gegeben wird. Deshalb:

Zunächst werden entsprechende „Räte“ nur mit „beratender“ Funktion eingesetzt.

Dann erhalten sie immer mehr „echte“ Entscheidungsbefugnisse, bis sie alle wichtigen Entscheidungen alleine treffen können.

Ein neues, mit großer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Macht aber von parlamentarischer Kontrolle freies Gremium wäre geschaffen.

Der Weg zurück zum Ständestaat

Die Konsequenzen wären:

— Es würde in den Räten nicht mehr in erster Linie um Fragen der Arbeitswelt gerungen, sondern über die Investitionen handfeste Wirtschaftspolitik betrieben.

— An die Stelle des Wettbewerbs würden syndikalistische Absprachen treten, das Interesse der Verbraucher würde durch das Interesse der Produzenten, d. h. der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ersetzt.

— Dem Staat würden wichtige Teile seiner Wirtschaftspolitik praktisch entzogen und damit sein Einfluß auf eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik geschmälert.

— Wenn Markt und Wettbewerb an Bedeutung verlieren, muß die auftretende Steuerungs- und Lenkungsproblematik durch zentrale Produktionslenkung geschlossen werden.

Der Weg in eine andere, ständestaatlich-sozialistische Ordnung wäre beschritten. Eine „rätedemokratisch“ gesteuerte Wirtschaft ist praktisch jedoch nicht funktionsfähig. Auch in der Sowjetunion wurde einmal mit Räten begonnen. Welche Entwicklung die Dinge dort genommen haben, ist jedem bekannt.

Der direkte Weg in den Sozialismus

Die sozialistische Strategie zielt auf Systemüberwindung. Eine die gesamte Wirtschaft überziehende Investitionslenkung bildet dazu eine entscheidende Voraussetzung. Sozialisten betrachten sich als Konstrukteure des gesellschaftlichen Glücks. Ihre simple Theorie, derzufolge man nur richtig planen muß, um alle Ungerechtig-

keiten der Gesellschaft auszumerzen, bildet den ideologischen Hintergrund. Dieser Ansatz übersieht jedoch:

Solange Menschen frei sind, können ihre Handlungen nicht vorgeplant werden. Daher das Ziel der Sozialisten: Die Menschen müssen zum „richtigen“ Verhalten gezwungen werden, d. h. sie haben ihr persönliches Interesse an den „gesellschaftlichen Zielen“ zu orientieren. Ein Blick in das kommunistische Lager zeigt, was solche Utopien bewirken und welche Zwangsmittel eingesetzt werden müssen, um eine ehemals freie Gesellschaft auf den Pfad der „sozialistischen Tugend“ zu führen.

Die Investitionslenker fordern Investitionsmeldestellen, die in zentrale Investitionskontrollbehörden übergeführt werden sollen. Das Wirken solcher Monsterbehörden und seine Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sind kaum vorstellbar. Der „Instanzenweg“ sähe etwa folgendermaßen aus:

— Jeder der -zigtausend Investitionsanträge wäre über den Instanzenweg und die Wirtschafts- und Sozialräte dem Amt zuzuleiten.

— Jeder einzelne Antrag müßte anhand von allgemeinen Richtlinien überprüft, in der ganzen Vielgestaltigkeit nachvollzogen sowie dahingehend beurteilt werden, ob er sich mit den geltenden Anschauungen von den „gesellschaftlichen Bedürfnissen“ deckt.

— Zusätzlich müßten die Rückwirkungen der beantragten Investitionen auf die anderen Industrien bis ins letzte erkannt und geplant werden, da z. B. eine bauliche Investition bestimmte Auswirkungen auf die Maschinenbau- und Stahlindustrie hat.

— Ferner entstehen gesamtwirtschaftliche Probleme erst aus dem Zusammenwirken einer Vielzahl von Investitionen. Entsprechende Anträge gehen jedoch unsystematisch und zeitlich nacheinander beim Amt ein, so daß eine Abstimmung zwischen ihnen unmöglich ist.

Jeder Laie — außer den Sozialisten — vermag zu erkennen, daß hier ein plumper, ineffektiver und unkontrollierbarer Monsterapparat geschaffen würde, der die Planer und die Bürokratie allmächtig, die Bürger und Verbraucher aber ohnmächtig machen würde.

Das sind die Folgen der Investitionslenkung

POLITISCHE FOLGEN:

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die unserer demokratischen Staatsordnung am besten entspricht, beide Bereiche weisen eine grundlegende Übereinstimmung der Prinzipien auf. Eine Investitionslenkung dagegen würde diese Übereinstimmung zerstören.

Investitionslenkung verwischt die Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Macht. Entweder der Staat lenkt und plant die Gesellschaft und ihr wirtschaftliches Handeln. Oder die aus Vertretern gesellschaftlicher Organisationen zusammen-

gesetzten Wirtschafts- und Sozialräte als Gremien der Investitionslenkung wären Organe mit erheblichem politischen Einfluß, ohne demokratisch dazu berechtigt zu sein. Den Bürgern gegenüber hätten sie sich nicht zu verantworten, weder was ihre Besetzung — noch was ihre Tätigkeit betrifft.

Die Wirtschafts- und Sozialräte wären nicht an ein allgemeines Mandat gebunden, d. h. sie müßten sich nicht in allgemeinen Wahlen dem Willen der Wähler unterwerfen. Am Ende stünde eine absolute Herrschaft der Verbandsfunktionäre.

Die Bürger und das von ihnen demokratisch gewählte Parlament verlieren so an Macht und Einfluß. Folglich bleiben die allgemeinen, nicht in starken Verbänden organisierten Interessen auf der Strecke.

Denn: Wer könnte dann noch beispielsweise die Interessen der Sozialhilfeempfänger, Sparer oder Konsumenten, die der jungen Menschen und alten Leute vertreten, die nicht über lautstarke und mächtige Verbände ihre Interessen in das Kartell der neuen Mächtigen einbringen können?

WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN:

Investitionslenkung heißt Wirtschaftsplanung. Wer das A der Investitionslenkung sagt, muß auch das X, Y, Z der zentralen Wirtschaftslenkung wollen. Zu welchen Ergebnissen öffentliche Wirtschaftsplanung führt, ist bekannt.

FOLGEN FÜR JEDEN EINZELNEN:

Von den negativen Auswirkungen einer Investitionslenkung ist jeder einzelne Bürger ganz direkt und unmittelbar betroffen. Er verliert zu einem erheblichen Teil — wenn nicht ganz — die Freiheit, die Produktion der von ihm gewünschten Konsumgüter durch seine eigene Nachfrage selbst zu bestimmen. Einmal dadurch, daß sein Konsum politisch vorgeplant und an den „gesellschaftlichen Bedürfnissen“ orientiert wird und zum anderen — daraus folgend — daß Versorgungsprobleme auftreten werden.

In der Sozialen Marktwirtschaft stehen dem einzelnen Alternativen offen, hat er Wahlfreiheit. Demgegenüber hat er bei Investitionslenkung nur die Möglichkeit, aus einem durch Funktionäre und Bürokratien bestimmten Güterangebot auszuwählen.

Konsumlenkung ist die notwendige Konsequenz aus der Investitionslenkung. Denn: Wer heute bestimmt, was investiert wird, bestimmt, was die Menschen morgen konsumieren dürfen. Investitionen etwa zur Herstellung von Farbfernsehgeräten, Autos oder besseren Wohnungseinrichtungen könnten als „Luxus“ eingestuft werden. Sie würden eingeschränkt oder unterblieben ganz. Hohe Seltenheitspreise und „Schwarzmärkte“ — wie nach dem Krieg — wären für diese Güter die Folge.

Auch die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und die freie Berufswahl muß bei Investitionslenkung eingeschränkt werden. Wechseln Arbeitnehmer die Stelle, dro-

hen sie die Planung über den Haufen zu werfen. Deshalb muß im Interesse der Planerfüllung der freien Arbeitsplatzwahl gegengesteuert und sie reglementiert werden.

Soziale Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa

Wirtschaftlicher Fortschritt, Vollbeschäftigung, wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind von der SPD und ihrer sozialistischen Wirtschaftslenkung ebensowenig zu erwarten wie soziale Sicherheit. Weder Planungsämter noch Strukturräte, noch eine vergesellschaftete Staatswirtschaft, wie die SPD vorschlägt, schaffen zusätzliche Arbeitsplätze oder können die bestehenden sichern.

In den Römischen Verträgen ist die Wirtschaftsordnung Europas als Marktwirtschaft angelegt. Die Europäische Volkspartei (EVP) fordert in ihrem Programm die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa. Dazu verpflichtet uns nicht nur die wirtschaftliche Überlegenheit und Effizienz dieser Ordnung. Auch die Sicherung und Weiterentwicklung unserer Demokratie erfordern unser Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft; denn Soziale Marktwirtschaft und freiheitliche Demokratie sind unlösbar miteinander verbunden: beide gründen auf den gleichen Prinzipien, beide leben von der Vielfalt und vom Wettbewerb zwischen Ideen, Angeboten und Programmen, von der möglichen Wahl zwischen echten Alternativen.

Bei der Europawahl am 10. Juni 1979 geht es um die Entscheidung zwischen sozialistischer Planwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft für die Zukunft Europas.